

Quelle: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 07.11.2010, Nr. 44, S. 1

Bartsch kritisiert Linkspartei

hoi./mwe. BERLIN. Vor dem Programmkonvent der Linkspartei an diesem Sonntag in Hannover hat deren stellvertretender Fraktionsvorsitzender Dietmar Bartsch Kritik an den außenpolitischen Zielen mancher Landesverbände geübt. "Es gibt Landesverbände unserer Partei, die haben die Nato per Beschluss schon acht Mal aufgelöst. Das kann man machen, aber es ändert real nichts", sagte Bartsch dieser Zeitung. Die Nato müsse allerdings transformiert werden. "Konsequente Friedenspolitik beginnt nicht mit der Auflösung der Nato, sie endet dort", sagte Bartsch. Auch die Forderung nach Auflösung der EU lehnte Bartsch ab. "Die Europäische Union bietet eine Riesenchance, um linke Politik auch in Europa zu machen. Die soziale Frage muss in der EU ganz vorne stehen", sagte er. "Die Forderung, die EU aufzulösen, halte ich für grundfalsch. Ich sehe in meiner Partei für diese Forderung zum Glück keine Mehrheit." Bartsch distanzierte sich zudem von der Anti-Israel-Politik einiger Parteimitglieder: "Wer auch nur den Hauch von Antisemitismus oder den leisesten Zweifel an der Existenzberechtigung des Staates Israel verbreitet, der hat keinen Platz in der Partei." Die Linke müsse auch die Hamas entschieden kritisieren.

Siehe Seite 4

Alle Rechte vorbehalten. (c) F.A.Z. GmbH, Frankfurt am Main

Quelle: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 07.11.2010, Nr. 44, S. 4

"Die Führung ist blockiert"

Dietmar Bartsch über die Schwächen der Linkspartei

Herr Bartsch, es ist still geworden um die Linkspartei. Selbst von Ihnen hört man kaum noch etwas.

Doch, mich hört man. Sie sprechen doch auch mit mir. Richtig ist, dass wir den Sommer mit den falschen Themen bestritten haben. Wir haben über Gehaltsfragen und unser Führungspersonal diskutiert, statt uns optimal für den politischen Herbst aufzustellen. Richtig ist auch, dass wir von der desaströsen Politik der Bundesregierung in Umfragen nicht profitieren. Das muss sich ändern. Die Linke muss wieder in die Offensive kommen.

Grüne und SPD sind so stark, dass sie die Linkspartei vielleicht gar nicht mehr brauchen.

Wir wollen Motor für einen Politikwechsel sein. Wir wollen Rot-Grün nicht allein regieren lassen, weil wir der Garant für einen Politikwechsel und gegen eine Wiederauflage der Agenda-2010-Politik sind. Aber: Die Partei Die Linke muss eigenständig sein. Ich bin dagegen, dass wir uns permanent an der SPD abarbeiten. Für uns ist der Übergang von der lange notwendigen Anti-Agenda-2010-Partei zur Fortschrittspartei 2020 angesagt. Ich will, dass wir wegen unserer Perspektiven für die Zukunft des Landes gewählt werden. Wenn die Linke stark genug ist, wird sich die SPD schon an uns wenden.

Gesine Löttsch und Klaus Ernst haben es nicht geschafft, die Partei nach vorne zu bringen. Wieso finden die so schwer in ihre Rolle?

Es ist für niemanden leicht, in die Fußstapfen von Lothar Bisky und Oskar Lafontaine zu treten. Die Verantwortung für unsere derzeitige Situation dürfen wir nicht den beiden in die Schuhe schieben.

Offenbar liegt das Problem tiefer: In der neuen Parteiführung hat man alle Strömungen berücksichtigt. Die blockieren sich fröhlich gegenseitig. Ihr Parteifreund Bodo Ramelow hat gesagt: Wenn alles strömt, führt das zu einem Strudel, der nach unten zieht.

Da ist etwas dran. Die Parteiführung ist tatsächlich blockiert. Aber diese Konstruktion haben nicht Gesine Löttsch und Klaus Ernst vorgeschlagen, sondern Gregor Gysi hat sie entwickelt und verhandelt. Wir müssen jetzt zur Politik zurückfinden. Die Linke muss eine neue Attraktion gewinnen - auch für Wissenschaftler, Künstler. Dabei können wir durchaus von den Grünen lernen: Warum schaffen die es sogar, sich als Anti-Hartz-IV-Partei zu präsentieren? Und das, obwohl die Grünen für Hartz IV mitverantwortlich sind.

Oskar Lafontaine, Ihr Gegenspieler, ist nicht mehr Partei- und Fraktionschef. Aber bei der Bundespräsidentenwahl hat er sich als heimlicher Vorsitzender gezeigt. Von wem wird Ihre Partei geführt?

Also, der Fraktionsvorsitzende ist Gregor Gysi und die Parteivorsitzenden heißen Löttsch und Ernst. Sie müssen klarmachen, wer die Chefs sind. Es gibt keinen heimlichen Parteivorsitzenden. Wer einen anderen Eindruck vermittelt, schadet der Partei.

Ihre Partei diskutiert einen Entwurf für ein Grundsatzprogramm. Der ist stark von der fundamentalistischen Richtung bestimmt. Die Parteireformer, zu denen Sie gehören, wollen ihn noch einmal grundsätzlich erörtern. Wird das gelingen?

Wer sagt, der Programmwurf müsse nun nur noch verteidigt werden, der hat den Sinn der Programmdebatte nicht begriffen. Wir sollten um die besten Lösungen in der Sache produktiv und hart streiten. Der Programmkonvent an diesem Sonntag wird zeigen, ob alle in der Partei dazu bereit sind, oder ob mancher den Klassenkampf lieber in der Partei führt.

Laut einer Umfrage zweifeln 42 Prozent der Bürger im Osten daran, dass die Linkspartei eine normale demokratische Partei ist - der höchste Wert seit 16 Jahren. Verlieren Sie die emotionale Bindung an die Ost-Wähler, je fundamentalistischer die Partei wird?

Keine Partei war so emotional wie die PDS. Wir standen ja am Anfang scheinbar aussichtslos gegen alle und alle gegen uns. Das ist mit der Gründung der Linken tatsächlich anders geworden. Trotzdem sehe ich nicht, dass wir unser Stammklientel in Ostdeutschland verlieren. Wir sind nach wie vor die einzige ostdeutsche Interessensvertretung im Bundestag. Das ist allerdings seit der Erweiterung unserer Partei nicht mehr so selbstverständlich wie früher.

Einige jüngere Politiker aus dem Reformlager fordern einen außenpolitischen Aufbruch. Sie sagen, dass Einsätze der Bundeswehr richtig sein können, wenn die Vereinten Nationen sie befürworten.

Niemand in der Partei wird jemals Kriegseinsätzen zustimmen. Trotzdem müssen wir erklären, was Friedenspolitik konkret heißt. Deswegen müssen wir zum Beispiel darüber diskutieren, wie wir zu UN-Einsätzen stehen. Wenn jemand sagt, eine solche Diskussion ist nicht zulässig, kann ich das nicht akzeptieren. Kaum jemand in der Linken hat etwas gegen

die UN-Blauhelme auf Zypern. Im Übrigen haben wir als erste Partei gefordert, den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan zu beenden. Aber es reicht nicht zu sagen: Raus aus Afghanistan! Manche tun so, als würde die Linke, wenn sie regieren würde, mit dem nächsten Flieger alle unsere Soldaten aus Afghanistan abholen. So verantwortungslos und naiv denken wir nicht.

Sie sind jetzt 52 Jahre alt und wollten eigentlich Parteichef sein. Lafontaine hat das mit Hilfe Ihres Freundes Gysi verhindert. Wie oft wollten Sie schon hinschmeißen?

Nicht sehr oft. Ich habe große Erfolge, aber auch Niederlagen in der Politik erlebt. Und ich bin auch schon drei Jahre fast ohne Politik ausgekommen, ich habe als Unternehmensberater und Geschäftsführer gearbeitet, das geht auch.

Ist die Linke noch Ihre Partei?

Ja. Aber sie ist eine andere Partei, als die PDS es war. Sie ist deutlich erfolgreicher. Wir haben Dinge erreicht, von denen wir als PDS nur geträumt haben. Natürlich ist emotional manches auf der Strecke geblieben. In diesem Sinne ist die Linke normaler geworden.

Und der Reformflügel ist nur noch eine Minderheit.

Nein, es gibt in der Partei im Zweifel immer eine Mehrheit für konkrete, auf Verbesserungen gerichtete Politik. Man hat das in Hessen und in Nordrhein-Westfalen gesehen. Das wird sich auch im Westen durchsetzen, wie wir überall dort sehen, wo wir stark in Kommunen und Landesparlamenten sind. Ich werde mich jedenfalls dafür einsetzen, dass alle emanzipatorischen Fragen, von Feminismus bis Ökologie, die wir uns in der PDS schwer erarbeitet haben, in der Linken nicht unter die Räder kommen. Das gilt auch für die innerparteiliche Demokratie. Der Mitgliederentscheid der CDU in Nordrhein-Westfalen scheint mir jedenfalls demokratischer zu sein, als in einer Nachtsitzung ein Personaltableau für die ganze Parteiführung zurechtzuzimmern, wie es bei uns geschehen ist.

Das Gespräch mit Dietmar Bartsch führten Oliver Hoischen und Markus Wehner.

Alle Rechte vorbehalten. (c) F.A.Z. GmbH, Frankfurt am Main